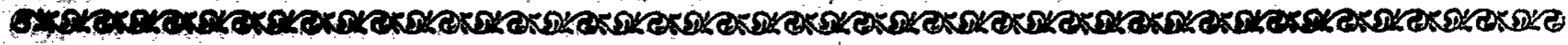


# Handwerks-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder



Nr. 19

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
(Lange-Groth-Strasse). Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 12. Mai 1917

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der  
Betrag ist stets vorwärts einzuführen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

## Mißverhältnis zwischen Löhnen und Nahrungsmittelpreisen.

Kürzlich wurde in der Tagespresse ein Artikel aus dem „B. Z. W.“ veröffentlicht, der sich mit dem Mißverhältnis zwischen Löhnen und Nahrungsmitteln in England beschäftigte. Unter anderem wird darin ausgeführt:

Die soeben veröffentlichten amtlichen englischen Zahlen über die Lohnerhöhungen während des Krieges sind anscheinend so enttäuschend, daß Prozentziffern nicht gegeben werden. Es wird nur gesagt, daß die Lohnerhöhung für 2 985 664 befragte Arbeiter in elf Monaten des Jahres 1916 wöchentlich 664 252 Pfund Sterling ausgemacht habe. Die Gesamtlohnerhöhungen in den zwei Kriegsjahren hätten für drei Millionen Arbeiter 1 200 000 Pfund Sterling in der Woche ausgemacht. Diese, ihrer absoluten Höhe nach „gewaltigen“ Ziffern sollen dem Unkundigen ein falsches Bild geben. Beträgt doch die Erhöhung der Löhne während des Krieges pro Mann und Woche, von diesen Ziffern berechnet, nur etwa acht Shilling, d. h. M. 8 in der Woche. Bedenkt man, daß die Wochenlöhne in England 80 bis 40 Shilling in Friedenszeiten betragen, so sind diese amtlich ermittelten M. 8 pro Woche sicherlich ein sehr geringer Zuschlag. Denn man muß sich vergegenwärtigen, daß nach amtlichen englischen Feststellungen im Friedenszeiten bei einem Arbeitereinkommen von etwa M. 86 in der Woche allein M. 32 für Lebensmittel verausgabt wurden, während diese seit Kriegsbeginn generell um 21 vom Hundert, die wichtigsten von ihnen aber, wie Brot, Mehl, Fleisch, Fisch, Zucker, Milch, Eier und Kartoffeln, um 100 bis 150 vom Hundert im Preise gestiegen sind. Die jetzigen englischen Löhne stehen also angesichts der geringen Erhöhungen für die große Masse der Arbeiter in einem schroffen Mißverhältnis zu den Kosten der Ernährung.

Unstreitig ist es ein schroffes Mißverhältnis, wenn die Lebensmittel um 80 bis 150 pzt. im Preise steigen, die Löhne dagegen nur um 20 bis 30 pzt. Das gilt jedoch nicht bloß für das Ausland, sondern auch für Deutschland. Bemerkenswert sind in der Nahrungsmittelindustrie, auch in einigen anderen Betrieben, die Löhne beträchtlich gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, das man allgemein sagen kann, daß die heutigen Löhne in solchen Betrieben die Arbeiter den Stand sehen, die Feuerung auszuhalten. Tatsache ist, daß nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeiterschaft nennenswerten entlohnt wird und eine allgemeine Steigerung der Löhne um M. 8 die Woche im Durchschnitt nicht anzunehmen ist. Die große Masse der Arbeiterschaft hat sich mit verhältnismäßig geringfügigen Lohnerhöhungen zufriedensehen müssen, hauptsächlich da, wo die Geschäftslage unruhig liegt. Das Mißverhältnis zwischen Lohn und Lebenskosten ist aber auf diese Weise immer größer geworden, wie es in unserm Gewerbe sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Da eine Ausgleichung dieses Mißverhältnisses durch Herabsetzung der Lebensmittelpreise in der Kriegszeit nicht zu erwarten ist, muß von den Arbeitern der notwendige Ausgleich durch Lohnerhöhung oder Feuerungszulage erstrebt werden. Diesem Streben konnte sich bisher auch die Regierung nicht entziehen; sie wird auch fernerhin mit beitragen müssen, ihm Nachdruck zu verschaffen, wenn es nicht gelingen sollte, durch beiderseitige Verhandlungen einen entsprechenden Ausgleich für die steigenden Kosten der Lebenshaltung zu treffen.

In der soeben erschienenen Nummer 18 der „Berliner Arbeiterzeitung“ gibt der Verband der Malereigewerkschaften von Berlin und den Vororten die Beschlüsse bekannt, die die Versammlung der Malermeister von Berlin und den Vororten am 17. April dieses Jahres zur Feuerungszulage gefaßt haben. Danach wird vom 30. April ab die am 7. Februar 1916 beschlossene Feuerungszulage von 6 s auf 25 s zu Stunde erhöht. In dieser Erhöhung seien alle besonderen Forderungen, welche die Arbeitgeber des Malergewerbes von Berlin und den Vororten seit dem 1. Januar 1916 ihren Arbeitnehmern gewährt haben, miteinbegriffen;

Arbeitslohn und Feuerungszulage seien bei der Lohnberechnung getrennt aufzuführen. In Anbetracht der veräuerten Lebenshaltung gaben die Malermeister ihren Gehilfen diese Zulagen freiwillig, behielten sich aber das Recht vor, bei erhöhten Lohnforderungen oder Fortfall der Feuerung die Zulage zu ermäßigen oder ganz abzusehen. Die Beschlüsse sind für die Verbandsmitglieder und die angeschlossenen Malerinnungen bindend und sollen in den Werkstätten zur Kenntnis der Arbeitnehmer gebracht werden.

Durch diesen Beschluß haben die Berliner Malermeister gegenüber einer Reihe anderer Städte, die bedeutend weniger zugestanden oder bisher noch keine neuen Feuerungszulagen bewilligt haben, ein durch die Not der Zeit bedingtes nachahmenswertes Beispiel gegeben.

Mit Recht betonte schon früher der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe: „Die Erfahrung lehrt, daß diejenigen Gewerbe, die die geringsten Löhne zahlen, auch die sozial am schlechtesten gestellten Arbeitgeber haben, deshalb muß man auch die berechtigten Forderungen der Gewerkschaft anerkennen, und dazu gehören auch bei entsprechenden Lohnaufbesserungen.“ Selbstverständlich besteht trotzdem zwischen Lohn und Lebenskosten unserer Berliner Kollegenschaft noch ein großes Mißverhältnis, da die Feuerungszulage von 30 pzt. durchaus noch keinen hinreichenden Ausgleich bietet gegenüber den jetzigen ungeheuren Lebensmittelpreisen. In welchem Maße die Preissteigerungen für Lebensmittel vor sich gegangen sind, das erhellt häufig genug aus den von Arbeiterfamilien aufgestellten Haushaltungsrechnungen. Die „Metallarbeiterzeitung“ brachte kürzlich ein lehrreiches Beispiel dafür durch folgende Gegenüberstellung. Im Jahre 1000 veröffentlichte der Deutsche Metallarbeiterverband das Ergebnis von 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Im Durchschnitt wurde danach jährlich von einer Haushaltung verausgabt:

	1908	1916
Brot	M. 174	M. 200
Kartoffeln	85	62
Milch	88	125
Fleisch	157	550
Eier	30	130
Wurst	87	210
Fische	10	60
Butter	67	148
Käse	14	42
Fette, Öle	50	120
Getreide	20	40
Sälselrüchle	8	24
Mehl	20	25
Suppeneinlage	12	36
Gewürze	9	22
Zucker	23	35
Obst	22	80
Kaffee, Tee	33	115
Genußmittel (Bier, Selterwasser, Zigarren usw.)	115	175

Zusammen... M. 974 M. 2197

Wenn also eine Familie die gleiche Menge Lebensmittel wie vor dem Kriege einkaufen könnte, so müßte sie statt M. 974 M. 2197 bezahlen, das sind M. 1223 mehr, was einer Preissteigerung von rund 125 pzt. entspricht. Eine Anzahl der angeführten Lebensmittel ist nun überhaupt nicht oder in nicht genügender Menge zu erlangen. Der Arbeiter ist gezwungen, andere Sachen, das heißt teure Ersatzmittel zu kaufen, so daß er noch mehr für den Lebensunterhalt ausgeben muß, die Preissteigerung demnach noch eine größere wird. Sollte also ein der Lebensmittelsteigerung entsprechender Verdienstausschlag herbeigeführt werden, dann müßten die Löhne und Gehälter um mindestens 125 pzt. erhöht werden. Daß nun in unserm Gewerbe ein solcher Aufstieg zu erwarten wäre, dieser Hoffnung wird sich gewiß kein Kollege hingeben haben; die allgemeine wirtschaftliche Lage zieht dem Malergewerbe bestimmte Grenzen, deren Beachtung wir uns nicht entziehen können.

Aber unmöglich ist es, daß sich unsere Kollegen mit einer Feuerungszulage von wenigen Pfennigen für die Stunde in der Höhe der vorjährigen zufrieden geben können. Eine Preisregulierung für die auszuführenden

Maler- und Anstreicherarbeiten werden die Arbeitgeber unter den obwaltenden Umständen bestimmt durchzuführen müssen, die Notwendigkeit dazu liegt vor; aber entscheiden so notwendig die Durchführung einer nennenswerten erhöhten Feuerungszulage auf der ganzen Linie für alle im Berufe noch tätigen Arbeiter in allen Orten, wo den berechtigten Forderungen unserer Kollegenschaft noch nicht entsprochen worden ist. Der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes hat der Initiative der Gewerkschaften Rechnung getragen, bei einem Teile der Meisterchaft ist man ebenfalls der Bewegung mit der nötigen Einsicht entgegengekommen; aber noch fehlt es, an so vielen Stellen wirksam einzugreifen, um einigermaßen einen Ausgleich der gewaltigen Preissteigerungen durch angemessene Feuerungszulagen anzustreben. Ohne weiteres sollte man erwarten, daß auch in diesen Kreisen die Notwendigkeit der Erhöhung des Lohneinkommens als selbstverständlich angesehen wird angesichts des schroffen Mißverhältnisses, das noch zwischen den im Malergewerbe gezahlten Löhnen und den gegenwärtigen Nahrungsmittelpreisen besteht.

## Aus dem Jahresbericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

(Schluß)

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den beiden letzten Jahren nur mit den neutralen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Sitzverlegung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einzuberufen. Das erstmal, als der Antrag auf Sitzverlegung Anfang 1915 gestellt wurde, das zweitemal, als eine aus vier Ländern besetzte Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbureau einzusetzen. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern berufene Konferenz vertagt. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiterzuforderungen formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, ersuchte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durchzuarbeiten und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Verwendung kommen. Diese mußte infolge des verschärften Kriegszustandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Centrale der Gewerkschaften Frankreichs hatten das Ergebnis, daß die letzteren sich bereit erklärten, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezahlt haben, erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgesetzt werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Der Kassensbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen M. 400 484,86 und an Gesamtausgaben M. 440 840,15 auf. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von M. 40 355,29, wovon M. 3000,08 auf das Unterstützungs-konto entfallen. Der Bestand des letzteren beträgt M. 88 219,01 und das Vermögen der Generalkommission M. 338 217,28.

Das „Correspondenzblatt“ mußte auch im Berichtsjahre mit dem früher eingeschränkten Umfang zurücknehmen. Die Redaktion war trotz dieser Hemmnisse bestrebt, den Gewerkschaftsinteressen während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten, besonders in der Kriegsfürsorge und Kriegsernährung, gerecht zu werden. Durch Beschluß der Generalkommission war sie mit der sozialpolitischen Abteilung in engere Verbindung gebracht worden, um eine bessere Verwertung der dort gesammelten sozialpolitischen Materialien zu ermöglichen. Das konnte bereits im Berichtsjahre in mehrfacher Hinsicht durchgeführt werden, so durch eine Artikelreihe über die soziale Arbeiterpolitik und die Gewerkschaften, durch eine zweite Artikelserie über die Entwicklung der deutschen Lebensmittelpolitik und durch eine dritte, noch nicht abgeschlossene Artikelreihe über die Monopolfrage, die nach dem Kriege, neben der Uebergangswirtschaft und der Reparationen-





beiterchaft kurzzeit von ungenannten Personen empfohlen werden. Politische und Demonstrationsstreiks passen nicht in die jetzige, in mehrfacher Hinsicht gefahrvolle Zeit.

Die Textilarbeiterzeitung veröffentlicht den Brief eines Arbeiters aus Alheydt, der den Textilarbeiterverband auffordert, einmal energisch gegen die Unternehmer in Sachen, Forderungen, Schlägen usw. vorzugehen; denn „was an hiesigen Fabrikanten zahlen, müssen auch diese zahlen können“.

Wir haben schon vor Wochen einmal geschrieben, die Unternehmer können jetzt gut erheblich höhere Löhne zahlen. Ein vornehmend abgedruckte Brief zeigt, daß wir nicht jubelnd gelagt haben. Deshalb legen wir noch einmal ganz entschieden die Vermahnung ein dagegen, daß man diejenigen zu Landesverrätern stampeln will, die es als Kriegsnotwendigkeit ansehen, daß den Arbeitern auskömmliche Löhne gezahlt werden.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Ueber eine neue Behandlungsmethode der Lungen-tuberkulose macht in der Wiener Kliniken-Wochenschrift der Privatdozent Dr. Otto Borges interessante Mitteilungen. In der modernen Praxis der Tuberkulosebehandlung gehen zwei verschiedene Richtungen von Grundsätzen aus, die einander direkt widersprechen.

Sozialpolitisches.

Mehr Arbeiterinnen in Deutschland tätig als Arbeiter. Der Zeitpunkt, daß im deutschen Wirtschaftsleben mehr weibliche Personen als männliche tätig sind, ist im Februar dieses Jahres eingetreten.

die häuslichen Diensthilfen, die Landwirtschaft, der Handel, Verkehr usw.

Seit dem 1. Juni 1914, da die Gesamtzahl der in den Krankenkassen versicherten Arbeiter 11 774 428 betrug, ist sie um 3 838 316 auf 7 936 082 zurückgegangen.

Die gleichzeitige Vermehrung der Industriearbeiterinnen ist auf erhebliche Verschiebungen innerhalb der Frauengruppe selbst zurückzuführen. Einmal erfährt die Zahl der häuslichen Diensthilfen eine Verminderung, desgleichen wohl auch die Zahl der Heimarbeiterrinnen, und sodann wird wieder innerhalb der Industrie eine Verschiebung statt, indem zum Beispiel in der Textilindustrie eine Verminderung, in der Metall- und Maschinenindustrie dagegen eine bedeutende Vermehrung der Arbeiterinnen eingetreten ist.

Die Entlassung aus dem Wehrdienst nach erfolgtem Friedensschluss soll nach einem von dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe erstatteten Bericht derart erfolgen, daß unter Berücksichtigung des Grundjahres, die ältesten Jahressklassen zuerst zu entlassen, bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung finden:

- 1. führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schifffahrt und des sonstigen Wirtschaftsliebens;
2. Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben und deren Angestellte, zum Beispiel Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren;
3. selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.;
4. Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen, einschließlich Klein- und Straßenbahnern;
5. Seeleute und Fischer;
6. gelernte Arbeiter und Handwerker, soweit sie sofort in ein festes Arbeitsverhältnis treten;
7. ungelernete Arbeiter solcher Berufe, in denen sofort ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, zum Beispiel Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseeverkehr, Hafenverkehr;
8. Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befinden;
9. Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Auslande hatten und dorthin zurückkehren wollen.

Die Truppenteile hätten also feinerzeit festzustellen, welche Mannschaften entlassen werden können, wobei als Anforderung die Stellung und angemessener Lebensunterhalt zu gelten hätten. Das wäre die erste Klasse.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern führte dazu noch aus, er glaube nicht, daß wir mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit nach dem Kriege zu rechnen haben würden, wenigstens nicht in den ersten Jahren. Wir würden nach dem Kriege sowohl unser Heer, als auch unsere innere Wirtschaft und unsere ganze Nutzwirtschaft, unseren ganzen Exporthandel neu aufbauen müssen, wir würden auch für unsere Bauwirtschaft möglichst viel exportieren dürfen, wir würden also wahrscheinlich im Gegenteil Arbeitermangel haben, so daß wir in den ersten Jahren nach Friedensschluss für Arbeitslose kaum zu sorgen haben würden.

Literarisches.

Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parnus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 5 enthält unter anderem folgende Artikel: Heinrich Cunow: Preussengeist und Reichsdemokratie. Dr. Paul Lensch, M. d. R.: Der englische Staat und der deutsche Staat. Wilhelm Reil, M. d. R.: Die zweite Serie der Kriegsteuern. Otto Thomas: Zielpunkte. Paul Girsch, M. d. R.: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege. Dr. Julius Thilo: Warschauer Eindrücke. M. A. Ossorgin: Rasch, rasch! Max Barthele: Loter Musketier. Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Monopolfragen und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Gué und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen

von Wilhelm Jansson. Berlin 1917, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis broschiert M. 4, gebunden M. 6.

Die Arbeitsgebiete sind systematisch aufgeteilt worden. Heinrich Cunow's Abhandlung über die Kartellmonopole bildet eine prächtige, jedem verständliche Darstellung der bisherigen Entwicklung des deutschen Kartellwesens von den losen Formen der nur Einzelfragen Ein- oder Verkaufs regelnden einfachen Konventionen bis zu den festgelegten Interessengemeinschaften, Fusionen und Trusts, die bereits Monopolcharakter erlangen und das wirtschaftliche Leben des Volkes eingreifen.

Otto Gué zeigt mit großer Sachkenntnis, wie sich der Bergbau, seinem engeren Wirkungsgebiet, die privaten wirtschaftlichen Fusionen zum Monopolbetrieb entwickeln haben. Er fordert kategorisch die Verstaatlichung der Gewinnung der Bodenschätze und die Monopolisierung des Handels durch das Reich, um die Riesengewinne, die für den gesamten deutschen Bergbau auf 800 bis 900 Millionen Mark jährlich schätzt, dem Privatkapital zu entreißen.

Max Schippel untersucht die bisherige Stellung der Sozialisten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich zu der Frage der Staatsmonopole. Die dokumentarischen Belege, die Schippel ausgraben hat, zeigen, wie tief verschieden diese Stellung war je nach den inneren politischen Verhältnissen des betreffenden Landes oder dem Temperament und der rein subjektiven politischen Auffassung der einzelnen.

Im Schlussartikel untersucht der Herausgeber das Für und Wider der Monopole. Die Entstehung der privatwirtschaftlichen Monopole habe die Entstehung für die Arbeiterschaft bössig verändert, weil diese Monopole nicht im Parlament, sondern durch private Verträge geschaffen werden. Nach dem Kriege sei eine Beschleunigung dieser Entwicklung zu erwarten.

Das Buch gehört zweifellos zu den bedeutendsten Erscheinungen in der reichhaltigen Kriegsliteratur unserer Zeit und sollte die weiteste Verbreitung in der Arbeiterschaft finden, um so mehr, als die Monopolfrage infolge der anwachsenden Kriegsausgaben besondere Aktualität erlangt.

Gaus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierglücker und Tierfreunde, Haus- und Familie. Französische Verlags- handlung, Stuttgart, 1917, Heft 2-5. Vierteljährlich 6 Hefte. Zusammen 85 S. Probehefte un berechnet.

Bisher waren so manche der Ansicht, daß zum Hof-toffelbau nicht viel gehöre; aber die Kriegsjahre haben uns dem Voreingenommenen gezeigt, daß zum Anbau der Hof-toffel allerhand Kenntnisse und Arbeiten gehören, die gelernt und verstanden sein wollen; denn sonst wären in Gärten, auf Oden, Brach- und Unland nicht derartige Mengen von Saatgut zum Schaden der Allgemeinheit ungenutzt dieses Frühjahr treten noch ganz besondere Schwierigkeiten durch die unzureichende Menge des Saatgutes hervor, worunter namentlich die Gartenbesitzer zu leiden haben. Jedenfalls muß mit den Saatstoffeln sehr gespart werden. Glücklicherweise gibt es ja verschiedene Mittel, sie zu streuen. Ueber die Arbeiten und Versuche, ihre Vorteile und Aussichten sowie ihre Verwendbarkeit berichten in verschiedenen Aufsätzen die uns vorliegenden Hefte 2-5 der Zeitschrift „Gaus, Garten und Feld“. Weiter enthalten die Hefte dieser empfehlenswerten Zeitschrift noch eine große Menge Wissenswerkes, unter anderem: „Die ersten Ausläufer ins Freiland“, „Samen, Saat und Boden“, „Mittelpunkt“, „Bedeutung der Züchtung“ und von allem den ausführlichen monatlichen Arbeitskalender.

Sterbetafel.

Berlin. Am 2. Mai starb unser seit 24 Jahren dem Ver-bande angehöriges Mitglied Friedrich Linde (Bakterien), geboren am 31. Dezember 1851 in Fallenberg.
Braunschweig. Im April starb unser Mitglied Wilhelm Deichert, 58 Jahre alt.
Chemnitz. Am 1. März starb unser Kollege Emil Müller-Rabenstein, 41 Jahre alt, an Lungenleiden.
Am 28. März starb unser Kollege Emil Böge, 66 Jahre alt, an Nervenschwäche.
Dresden. Am 30. April starb nach langer Krankheit unser langjähriges, treues Mitglied Emil Käßiger im Alter von 34 Jahren.
Gotha. Am 28. April verschied unser treues Mitglied Karl Oberthür in Mühlhausen i. Th. im Alter von 27 Jahren an Rippenfellentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptklasse vom 30. April bis 5. Mai.
Eingefandt haben: Elbersfeld M. 250, Cöln 500, Dresden 1000, Brandenburg 80, Saarbrücken 50.
Die Woche vom 13. bis 19. Mai ist die 20. Vortragswoch.
D. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 17 des „Correspondenzblattes“ bei.